



Betreff:

öffentlich

Schließung des Übergangwohnheimes für Jüdische Kontingentflüchtlinge in der Turmstraße 55 zum 01.09.2011

Einreicher: FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Erstellungsdatum 21.07.2011

Eingang 902: 26.07.2011

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
31.08.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Das Übergangwohnheim für Jüdische Kontingentflüchtlinge in der Turmstraße 55 wird zum 01.09.2011 geschlossen.
2. Zukünftig wird das Gebäude für die Unterbringung von Obdachlosigkeit bedrohter Familien genutzt.

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Finanzielle Auswirkungen:

Seit dem 23.03.2006 besteht ein Mietvertrag zwischen der LHP und der Pro Potsdam GmbH über das Gesamtobjekt Turmstraße (Häuser 55b/c, 55/56, 56a). Die Miet- und Betriebskosten verteilen sich im Haushaltsplan der LHP zurzeit anteilig entsprechend der Nutzung zu rund zwei Drittel auf das Produkt 31540 "Soziale Einrichtungen für Wohnungslose" und zu rund einem Drittel auf das Produkt 31550 "Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer". Nach Schließung des Übergangwohnheims und Weiternutzung des Objektes für die Unterbringung obdachloser Bürger würden die Gesamtkosten vollständig auf das Produkt 31540 verteilt. Insgesamt ergeben sich für die LHP durch die Schließung keine Mehr- oder Minderaufwendungen, da der bestehende Mietvertrag unverändert weiter geführt würde.

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Begründung:

Seit 1992 betreibt die Landeshauptstadt Potsdam ein Übergangwohnheim für Jüdische Kontingentflüchtlinge in der Kirschallee 7-10; ab 2006 in der Turmstraße 55. Die Platzkapazitäten wurden ständig anhand der Zuweisungen den aktuellen Erfordernissen angepasst. Letztmalig wurde die Aufnahmekapazität des Übergangwohnheimes zum 01.07.2007 auf 30 Plätze abgesenkt. Die nachfolgende Darstellung der Entwicklung der Zuweisungen

	Spätaussiedler	Jüdische Zuwanderer
1999	19 Personen	201 Personen
2000	28 Personen	117 Personen
2001	22 Personen	185 Personen
2002	4 Personen	197 Personen
2003	8 Personen	245 Personen
2004	3 Personen	138 Personen
2005	2 Personen	100 Personen
2006	1 Person	10 Personen
2007	3 Personen	13 Personen
2008	3 Personen	6 Personen
2009	0	11 Personen
2010	0	8 Personen

macht deutlich, dass ein Vorhalten eines Übergangwohnheimes nicht mehr nötig ist. Daher schlägt die Verwaltung vor, dass Übergangwohnheim zum 01.09.2011 zu schließen.

Ursprünglich wurden zur Aufnahme der jüdischen Kontingentflüchtlinge drei Gebäudekomplexe in der Turmstraße genutzt. Bereits bei den ersten Platzzahlreduzierungen wurden sukzessiv die freigebliebenen Gebäude zur Unterbringung von Obdachlosigkeit bedrohter Familien genutzt, da das Familienhaus in der Berliner Straße geschlossen werden musste.

Die Kapazitäten des Familienhauses haben sich wie folgt entwickelt:

Datum	Standort	Kapazität
Von 1998 bis 31.7.2007	Berlinerstr.132 (aufgegeben)	25 Plätze (7 WE mit 549)
01.08.2007-30.04.2009	Turmstr. 55 b und c	25 Plätze(6 WE- 340 m ²)
Seit 01.05.2009	Zusätzlich Turmstr. 55 a	40 Plätze(11 WE-657,58 m ²)

Die Erfahrungen der letzten Jahre belegen, dass

- es einen ständig steigenden Bedarf gibt
- überwiegend alleinerziehende Mütter mit Kindern Unterbringungsbedarf haben
- die Verweildauer sich immer mehr erhöht, da für diese Personengruppe kaum Wohnraum wieder zu finden ist (meist hohe Schufa-Einträge und/oder eröffnete Insolvenzverfahren und/oder alte Mietschulden insbesondere bei der ProPotsdam

Da bisher nicht erkennbar ist, dass sich die extrem angespannte Wohnungsmarktsituation kurzfristig entspannen wird, ist eine Erweiterung des Familienhauses dringend angezeigt.

Für den Fall der Fälle, dass der Landeshauptstadt Potsdam Jüdische Zuwanderer zugewiesen werden, wird sich die Landeshauptstadt Potsdam eine entsprechende Platzzahl an diesem Standort sichern.

Die beabsichtigte Schließung des Übergangwohnheimes mit der daraus resultierenden Nutzungsänderung wurde im Rahmen eines Gesprächsnachmittages mit den betroffenen Anwohnern diskutiert. Im Ergebnis wurden von Seiten der Anwohner der Turmstraße keine Bedenken geäußert.